Deutscher Reichstag.

Berlin, 9. März. Am Regierungstisch **Reichsfinanzminister** Dr. **Reinhold.** Die zweite Lesung des **Haushalts des Reichsfinanzministeriums** wird fortgesetzt. — **Abg. Stling** (Bayr. Bauernb.) stellt fest, daß die Rede des Finanzministers von der ganzen Wirtschaft gut aufgenommen worden sei. Der Finanzminister habe sehr viel versprochen, aber man müsse doch etwas Wasser in seinen Wein gießen. Wenn er jetzt auf 500 Millionen Mark Steuern verzichten könne, so sei damit bewiesen, daß im vorigen Jahre Thesaurierungspolitik betrieben wurde. Von der Herabsetzung der Umsatzsteuer verspricht sich der Redner nicht viel. **Für den Eigenverbrauch der Landwirtschaft müsse die Umsatzsteuer unbedingt ganz aufgehoben werden.** Die Betriebe, die mit eigenen Familienangehörigen arbeiten, sollten steuerliche Erleichterungen erfahren. Den Bewirtschaftern landwirtschaftlicher Betriebe bis zu 62 Hektar müßten Steuerrückstände aus den Jahren 1924/25 erlassen werden.

Abg. **Merck** (V. Vp.) bittet dringend, von einer Erhöhung der Biersteuer am 1. April dieses Jahres abzusehen. Die Bedenken gegen die Finanzpläne des Ministers hätten sich nach seinen letzten Reden verschärft.

Der Redner fordert weiter Steuererleichterungen für die Landwirtschaft. Beim Finanzausgleich müssen die Interessen der Länder und Gemeinden besser gewahrt werden. Abg. **Schröder** (Völk.) erklärt, daß seine Freunde kein großes Vertrauen zum Programm des Finanzministers hätten. Es handele sich auch weniger um eine Steuersenkung, als vielmehr um eine Steuerumgruppierung. Der Redner legt einen Gesetzentwurf über die Erstattung überzahlten Reichsnotopfers vor. Ferner verlangt er eine gesetzliche Regelung dahin, daß als Hauszinssteuer vom 1. April d. J. ab nur noch 20 Prozent der Friedensmiete erhoben werden.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Das Gehalt des Ministers wird gegen die Kommunisten bewilligt. Ein Mißtrauensvotum der Kommunisten wird gegen die Antragsteller abgelehnt. Bei dieser Abstimmung enthalten sich die Deutschnationalen der Stimme. Sämtliche Anträge, die eine Reform des Steuerrechtes verlangen, werden dem Steuerausschuß überwiesen. Es folgt dann die Einzelbesprechung.

Staatssekretär Popitz weist dann darauf hin, daß die Frage der Steuermoral nicht allein von den allgemeinen moralischen Grundsätzen abhänge, sondern auch von den Möglichkeiten der Umgehung. Eine wesentliche Vorbedingung für die Hebung der Steuermoral sei die Stabilisierung der Steuergesetzgebung. Bei der Landwirtschaft werde der Buchprüfungsdienst gleichfalls nach Möglichkeit durchgeführt.

Abg. **Philipp** (D.-N.) gibt zu bedenken, daß die Finanzämter nicht immer so schlecht seien, wie behauptet werde. **Die Schuld liege nicht bei den Aemtern, sondern bei den Bestimmungen und Verordnungen, die der Reichstag gemacht habe.** Der Redner fordert die Rückerstattung von überzahltem Reichsnotopfer. **Notwendig sei die Beseitigung der Härten, die sich bei der Durchführung des Anleiheablösungsgesetzes besonders für die Kleinrentner ergeben hätten.**

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold sagt wohlwollende Prüfung zu. Es soll erwogen werden, inwieweit auch den Rentnerkreisen durch eine höhere Aufwertung der von ihnen gezeichneten Anleihen entgegengekommen werden kann. Auch die Frage der Vorzugsrenten soll schleunigst und wohlwollend erledigt werden. Die Renten werden ab 1. Januar bezahlt ohne Rücksicht auf den Tag der Antragstellung.

Angenommen wird ein Antrag, der bereits die Billigung der Regierung gefunden hat, die **Vorzugsrenten ab 1. Januar 1926 zu zahlen.** Ferner wird ein Zentrumsantrag angenommen, beim Finanzministerium ein **Referat für den Buch- und Betriebsprüfungsdienst einzurichten.** Danach wird das **Brantweinmonopol** besprochen. Abg. Schulz-Gahmen (Z.) kritisiert die Tätigkeit der Monopolverwaltung.

Die zweite Lesung des Haushaltes des Reichsfinanzministeriums wird dann beendet. Das Haus vertagt sich auf Mittwoch nachmittag mit der Tagesordnung: Reichsministerium des Innern.

*

Berlin, 9. März. Vom Reichstag sind als **Vertreter Deutschlands auf der Internationalen parlamentarischen Handelskonferenz in London,** die am 26. Mai beginnt, die Abgeordneten Dr. Lejeune-Jung (Dnat.), v. Raumer (D. Vp.), Lammers (Zentr.), Meyer (Berlin, Dem.) und Dr. Hilferding (Soz.) bestimmt worden.

Zustimmung der Volkspartei zum Fürstenkompromiß.

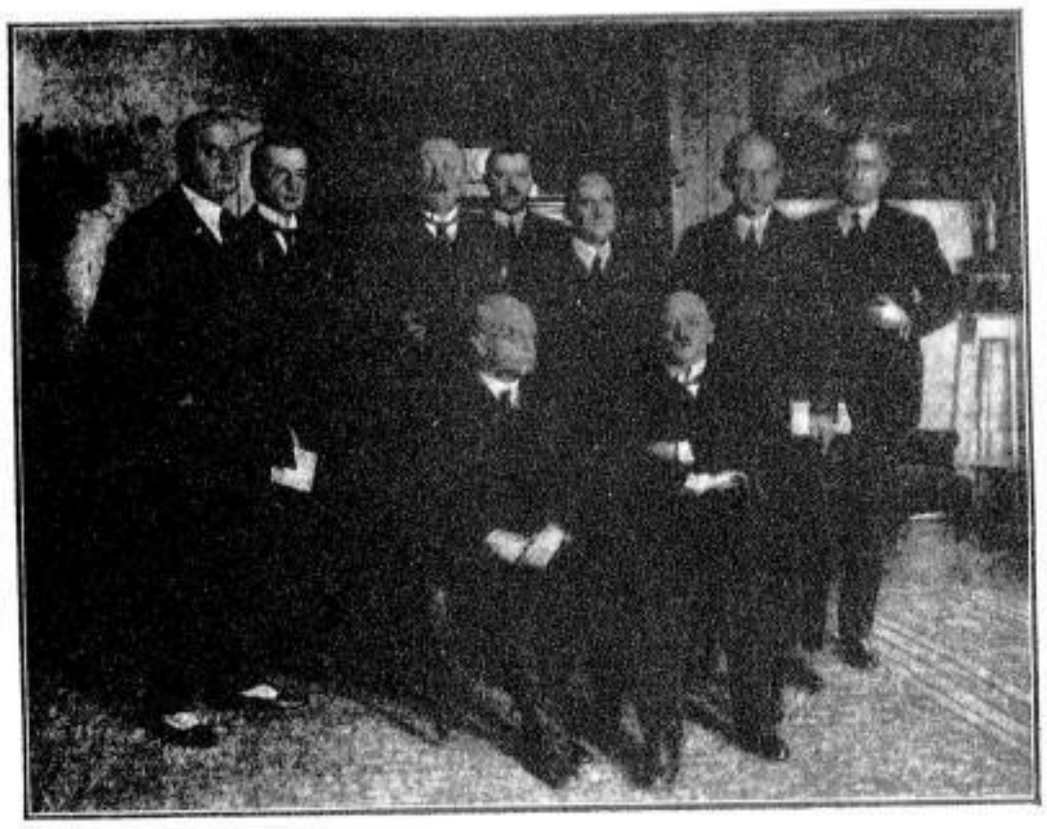
Berlin, 9. März. Der vom Reichsjustizministerium überprüfte Entwurf eines Kompromisses zur Frage der Fürstenabfindung wurde am Dienstagnachmittag den Führern der Regierungsparteien übermittelt. Es machte sich dabei noch die Notwendigkeit von Rückfragen geltend. Die endgültige Fassung wird dem Rechtsausschuß des Reichstags am Freitag vorgelegt werden. Nach Schluß der heutigen Plenarsitzung trat die **Deutsche Volkspartei** zu einer Fraktionssitzung zusammen und nahm den Bericht ihrer Vertreter über das Kompromiß entgegen. Nach etwa einstündiger Sitzung wurde beschlossen, **grundsätzlich dem Entwurf zuzustimmen.** Es sollen jedoch noch einige Fragen geklärt werden, so daß am Mittwoch eine Besprechung der Vertreter der Regierungsparteien und der Wirtschaftlichen Vereinigung über diese Fragen stattfindet. Die Wirtschaftliche Vereinigung hat ihre auf Dienstag abend vorgesehene Fraktionssitzung auf Mittwoch vertagt, da sie erst die endgültige Fassung des Kompromisses abwarten will. Die Bayrische Volkspartei hielt ebenfalls am Dienstag eine Fraktionssitzung ab und beschäftigte sich mit dem Kompromißantrag, faßte jedoch keinen Beschluß, sondern vertagte die Beratungen auf Mittwoch.

Die Auslandsaufträge der Reichsbahn.

Berlin, 9. März. Einer hiesigen Korrespondenz zufolge soll das Eisenbahnzentralamt bei Vergebung großer Aufträge auf Lieferung von Holzschwellen an ausländische Firmen Schäden in Höhe von fast 500 000 Mark erlitten haben. Man habe, wie bereits gemeldet, u. a. auch in Albanien Eisenbahnschwellen in Auftrag gegeben und dem Vertreter einer dort angeblich bestens bekannten Firma auf die Lieferung einen Vorschuß von 150 000 Mark ausgezahlt. Dieses Geld sei nach Albanien gegangen, Holzschwellen seien aber nicht geliefert worden. Recht unglücklich sei auch ein Vertragsabschluß mit einer Wiener Firma gewesen, der man einen Vorschuß von annähernd 200 000 Mark gezahlt habe, ohne Sicherheiten für die Durchführung der Lieferungen zu erhalten. Die Wiener Firma ging einige Wochen nach Empfang dieses Betrages in Konkurs. Diese beiden Fälle sollen nicht vereinzelt dastehen.

Hierzu wird dem W. T. B. von unterrichteter Seite berichtet: Richtig ist, daß das Eisenbahn-Zentralamt im Jahre 1924 mit einem in Albanien tätigen deutschen Unternehmen einen größeren Posten Eichenschwellen zu besonders günstigen Preisen abgeschlossen hat. Für Darlehen wurden ausreichende Sicherheiten in Deutschland gegeben. Irgendwelcher Schaden ist der Reichsbahn aus diesem Geschäft, das in der Abwicklung begriffen ist, nicht erwachsen. Von einem unglücklichen Vertragsabschluß mit einer Wiener Firma, die einen Vorschuß in Höhe von [illegible]00 000 Mk. erhalten haben soll, ist nichts bekannt. Das Eisenbahn-Zentralamt hat niemals Schwellen, die für das Rheinland benötigt wurden, in der Tschecho-Slowakei gekauft.

Die Völkerbundstagung in Genf.



Die deutsche Delegation.
Sitzend:
Reichskanzler Dr. Luther und Außenminist. Dr. Stresemann

Hotel „Metropole", der Sitz der deutschen Delegation.
An der Ecke im Vordergrunde die schwarz-rot-goldene Fahne am Fenster des Zimmers des Reichskanzlers Dr. Luther.

Die Pläne des Reichswirtschaftsministeriums.

Der Schluß der Rede Dr. Curtius'.

Die Beratungen im Haushaltausschuß.

Berlin, 9. März. Im Reichstagsausschuß für den Haushalt fuhr bei der Beratung des Etats des Reichswirtschaftsministerium **Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius** fort: **Wir müssen versuchen, so rasch wie möglich aus der Wohnungszwangswirtschaft herauszukommen, und zu diesem Zweck die Mieten langsam zu steigern.** Daher kommt es darauf an, die Bautätigkeit so weit zu steigern, wie nur irgendmöglich. Aus der Hauszinssteuer ständen in diesem Jahre für diese Zwecke etwa 750 Millionen zur Verfügung, und es frage sich, ob über diesen Betrag und die Mittel der privaten freien Bautätigkeit hinaus noch weitere Beträge in den Baumarkt allein hineingesteckt werden dürfen. **Ob der Baumarkt tatsächlich die Kapazität besitzt, über 200 000 Wohnungen hinauszugehen, erscheint fraglich.**

Der Mittelstand sei durch die Inflation besonders schwer getroffen worden, schon auch deswegen, weil die Kreditstellen des Mittelstandes in der Inflation hervorragend gelitten haben. Man dürfe aber wohl erfreulicherweise feststellen, daß der **Wiederaufbau der Kreditgenossenschaften des Mittelstandes** erheblich vorangeschritten sei. Die erste Rate der 54 Millionen betragenden Reichskredite wäre im Sommer 1926 zurückzuzahlen. Der Minister hofft, binnen kurzem bekanntgeben zu können, daß eine weitere Verlängerung des Reichskredits eingetreten ist.

Für die schwierige Lage der deutschen **Kohlenwirtschaft** sind neben den allgemeinen Verhältnissen namentlich die englischen Subventionen mit verantwortlich. Auch deutsche Gewerkschaftsvertreter haben erwogen, ob die Reichsregierung nicht die dadurch dem deutschen Kohlenbergbau entstehenden Verluste ausgleichen sollte. Im Westen sind von privater Seite wiederum große Versuche mit dem Bergius-Verfahren in Angriff genommen worden, denen die Reichsregierung mit größtem Interesse entgegensieht. Das Reich selbst will aber nicht eingreifen, weil große Konzerne sich der Angelegenheit angenommen haben und sie selbst zu einem Abschluß bringen können.

Zu den Fragen der Elektrizitätswirtschaft führte der Minister aus, daß hier die Entwicklung der letzten Zeit sich ohne Eingreifen der öffentlichen Hand in erfreulichem Maße vollzogen habe. Es war nur die Aufgabe des Wirtschaftsministeriums zu verhüten, daß diese Entwicklung von außen gestört wurde. Die Verordnung über die Schiedsgerichtsbarkeit habe gezeigt, daß diese Arbeit nicht vergeblich war. **Zurzeit schweben Verhandlungen über den Abbau der Schiedsgerichtsbarkeitsverordnung.** Der Minister hob die Notwendigkeit der Gemeinschaftsarbeit zwischen den verschiedenen Wirtschafts- und Berufsständen hervor, unter Hinweis auf die Einleitung der Denkschrift des Gewerkschaftsbundes über die Gemeinschaftsarbeit, worin es heißt, „daß für die Lösung einzelner Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik die gemeinsame Arbeit aller Kreise erstrebenswert ist zum Zwecke der Ueberwindung der gegenwärtigen Krise und der Entfaltung der produktiven Kräfte der deutschen Wirtschaft." Mein Bestreben, so schloß der Minister, wird es sein, in dieser Richtung mit allen Wirtschaftskreisen und Berufsständen zusammenzuarbeiten. (Beifall.)

In der Aussprache äußert Abg. **Dr. Wienböck** (D.-N.) Wünsche zur **Handwerkerfrage.** Bei der von der Reichsregierung vorbereiteten Wirtschafts-Enquete sei die beste Gelegenheit, endlich einmal den wertvollen Anteil des Handwerks an der deutschen Wirtschaft festzustellen. Der Reichskommissar für das Handwerk sei besser durch einen Staatssekretär zu ersetzen. Solange das nicht möglich sei, müsse die Stelle des Staatskommissars gestärkt werden. Namentlich sei der **Beirat für Handwerkerfragen** mehr als bisher heranzuziehen.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius

sagt eine baldige Einberufung des Handwerkerbeirats zu. Im übrigen glaube er, daß eine Reform der Vertretung der Handwerkerfragen im Ministerium nicht notwendig sei, da gerade diesen Fragen die größte Aufmerksamkeit gewidmet worden sei.

Einstimmig angenommen wurde eine Entschließung des Abg. Lammers (Z.), worin die Reichsregierung ersucht wird, im Benehmen mit den Ländern zu prüfen, auf welche Weise die im Interesse der deutschen Volkswirtschaft dringend zu empfehlende Aufrechterhaltung der deutschen Devisengewinnung dauernd gesichert werden kann. — Angenommen wurde ferner eine Entschließung des Abg. Dr. Lejeune-Jung (D.-N.), die Reichsregierung zu ersuchen, Beobachtungen anzustellen und zu sammeln, welche für den Grad der Ueberfremdung der deutschen Wirtschaft und der Banken Anhaltspunkte geben. Weiter beschloß der Ausschuß auf Antrag des Abg. v. Raumer (D. Vp.), die Regierung zu ersuchen, die **Vereinigung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft mit dem Reichswirtschaftsministerium vorzubereiten.** Ein kommunistischer Antrag auf Streichung des Gehalts des Reichswirtschaftsministers wurde abgelehnt.

*

Der Antrag des volksparteilichen Abg. **v. Raumer, die** Vereinigung des Reichsministeriums für Landwirtschaft und Ernährung mit dem Reichswirtschaftsministerium vorzubereiten, wurde gegen die sieben Stimmen der Deutschnationalen angenommen. Gegen diesen Antrag wendet man sich von deutschnationaler Seite sehr lebhaft. Man erklärt, daß das Landwirtschaftsministerium doch die einzige Vertretung sei, welche die Landwirtschaft in der Reichsregierung hat. Keinesfalls dürfe auch diese Vertretung noch beseitigt werden, denn die Vereinigung des Landwirtschaftsministeriums mit dem Reichswirtschaftsministerium bedeute nichts anderes als eine Kaltstellung der Landwirtschaft innerhalb der Reichsregierung. Es sei schwer denkbar, daß die landwirtschaftlichen Angelegenheiten vom Reichswirtschaftsministerium behandelt werden könnten.

Zur Londoner Arbeitszeitkonferenz.

Berlin, 9. März. Wie die T. U. erfährt, wird sich der Reichsarbeitsminister Brauns zu der Konferenz der Arbeitsminister am Donnerstagabend nach London begeben, wo er am Freitagabend eintrifft.

Berlin, 9. März. Zu dem Washingtoner Abkommen über die Arbeitszeit erklärt die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, daß sich an der bisherigen ablehnenden Haltung der deutschen Arbeitgeberverbände nichts geändert habe. Kein europäischer Staat könne die Verantwortung für eine internationale Bindung mit weltpolitischen Verpflichtungen auf sich nehmen, solange nicht auch die mit der geplanten Weltwirtschaftskonferenz zusammenhängenden Vorfragen in einer für Deutschland befriedigenden Weise geklärt sind.